

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Wir haben uns heute hier versammelt, um gegen die Tabakpolitik der Bundesregierung zu protestieren. Wir schlagen Alarm, weil die Gefahr besteht, dass die Bundesregierung sich in Genf nicht für eine wirksame Tabakpolitik bei den Verhandlungen um einen internationalen Rahmenvertrag zur Tabakkontrolle einsetzen wird.

Am kommenden Montag beginnt in Genf die letzte und entscheidende Verhandlungsrund für diesen internationalen und rechtlich bindenden Vertrag. Heute gibt Herr Schröder sein Votum über die Ausrichtung der weltweiten Rahmenkonvention zur Tabakpolitik ab. Und heute erhält die deutsche Delegation von Schröder die Weisung im Kanzleramt, wie sie sich bei der letzten Verhandlungsrund in Genf zu verhalten hat.

Wir protestieren hier, weil Deutschland über die vergangenen zwei Jahre einen wirksamen Konventionstext blockiert hat und die bittere Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Bundesregierung auch in der letzten Verhandlungsrund sich nicht für eine wirksame Konvention einsetzen wird.

Die internationale Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle ist extrem wichtig, weil viele Maßnahmen der Tabakkontrolle nur durch internationale Zusammenarbeit wirksam umgesetzt werden können. Ein zentrales Beispiel hierfür ist die Tabakwerbung, mithilfe derer multinationale Konzerne ihre tödlichen Produkte vermarkten.

Die Welt braucht eine Tabakkonvention, weil die gesundheitlichen Folgen des Tabakkonsums katastrophal sind:

- In der Bundesrepublik sterben jeden Tag 350 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums.
- In jedem Jahr sterben auf der Welt 5 Millionen Menschen an den Folgen des Tabakkonsums.
- Wenn nichts unternommen wird, so die WHO, wird sich diese Zahl der Todesopfer in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln.

Diese Zahlen sind unsere Argumente für eine dringlich notwendige Kehrtwende der Tabakpolitik in Deutschland.

Von der überwiegenden Mehrheit der verhandelnden Staaten wird gefordert, dass weltweit

- die Tabakwerbung vollständig verboten wird,
- der Preis für Tabakwaren angehoben wird und somit die Gefährlichkeit des Produktes widerspiegelt,
- Nichtraucher wirkungsvoll vor Tabakrauch geschützt werden.

Die Maßnahme, bei der die Bundesregierung bisher die Verhandlungen in Genf maßgeblich blockiert hat, ist ein vollständiges Werbeverbot für Tabakwaren. Dass ein umfassendes Werbeverbot entscheidend dazu beitragen würde, den Tabakkonsum weltweit zu verringern, ist wissenschaftlich erwiesen und international unbestritten. Doch anstatt den Gesundheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger Vorrang zu geben, schiebt die Bundesregierung auch jetzt noch verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein Tabakwerbeverbot vor – und hat sich mit diesem Scheinargument europaweit isoliert. Die Position der Bundesregierung führt dazu, dass Deutschland zu den Ländern gezählt wird, die mit der Tabakindustrie in einem Boot sitzen.

Wir protestieren, weil zu befürchten ist, dass Bundeskanzler Schröder die ökonomischen Interessen der Tabakindustrie der Gesundheit der Bevölkerung vorzieht. Es geht um Gesundheit oder Profit, Ethik oder Monetik.

Die Haltung von Bundeskanzler Schröder zum Tabakwerbeverbot ist tödlich. Alleine ein weltweites, umfassendes Verbot der Tabakwerbung würde 400.000 Menschenleben retten.

Herr Bundeskanzler, Sie können sich nicht weiter als Lobbyist der Tabakkonzerne hergeben. Wir appellieren an Ihr Gewissen. Ihr weiterer Schulterschluss mit der Tabakindustrie hätte tödliche Folgen. Sie stehen auf der falschen Seite. Verlassen Sie das Lager der Tabakindustrie.

Die große Mehrheit der Bevölkerung befürwortet eine wirksame Tabakpolitik der Bundesregierung. Herr Bundeskanzler, Ihre europäischen Kollegen wollen dies auch und die Mehrheit der Länder, die ab nächste Woche wieder über den internationalen Rahmenvertrag verhandeln, sowieso.

Herr Schröder, steigen Sie aus dem Boot der Tabakkonzerne aus und geben Sie grünes Licht für eine Wende in Ihrer Tabakpolitik - Deutschland und international.

Johannes Spatz, Sprecher von FORUM RAUCHFREI IN BERLIN